



Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

Bürgerinformationsblatt der BIZ 10/ 2013

der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

Die BIZ zum Ausgang der Wahlen zum Deutschen Bundestag

Deutschland hat gewählt, aber wie!? Durch die neu und wiedergewählten Mandatsträger ist ein komplizierter Spagat nach diesem Wahlergebnis zu vollziehen. Dazu müssen aber weitreichende Kompromisse gesucht und gefunden werden.

Es ergeben sich nämlich **vier Varianten** für die Fortsetzung der künftige parlamentarischen Arbeit und später der Regierungsbildung. **Erstens:** Es wird die „Große Koalition“ mit 67.26% Stimmenanteil geben können. Sie bedeutet aber, dass die Gefahr besonders für die SPD besteht, wie schon einmal geschehen, von der Fraktionsgemeinschaft von CDU(34.12%) + CSU(7.42%) = 41.54% im wahrsten Wortsinn untergebuttert zu werden. Das heißt, die von ihr erzielten Ergebnisse der Regierungsarbeit werden vorrangig den o.g. Parteien bei künftigen Wahlen als positive Ergebnisse zugerechnet. **Die Partei „Die Linke“** würde danach **Oppositionsführer**. **Zweitens:** Eine „Kleine Koalition von CDU-CSU-Grünen“ mit 49.98% als **äußerst schwierige Konstellation**, die vor allem mit fast unmöglich scheinenden programmatischen Aussagen während des Wahlkampfes überfordert wäre. Vor allem die Grünen müssten sich schon stark verbiegen um da einzusteigen. **Drittens:** Ein „Rot-Rot-Grünes“ würde es mit 42.74% Stimmenanteil mit knapper Mehrheit geben können. Ein solches Bündnis erfordert aber vorbehaltlos unter den beteiligten Parteien aufeinander zuzugehen. Und schließlich **Viertens**, es würden Neuwahlen mit ungewissem Ausgang ausgeschrieben und durchgeführt. Dies sollte wirklich die Allerletzte Variante sein, denn die Kosten des Wahlkampfes müssten dann ein zweites Mal aufgebracht werden. Auch eine länger andauernde Zeit des politischen Stillstandes würde eintreten. Es kann dabei aber auch sein, dass diesem erneuten Wahlgang, die Wähler aus Frust über die Unfähigkeit der Politik sich zu einigen, vermehrt fern bleiben.

Schon jetzt sind es zum Beispiel in Thüringen 32% der Wahlberechtigten, die ihr Wahlrecht nicht wahrgenommen haben.

Das ist eine starke, stumme Opposition derjenigen, die zu beachten ist und die ihre Stimme nicht für vier Jahre im Wortsinn abgeben wollten! Auch aus diesem Grund ist das Eintreten für mehr Volksbegehren und Volksentscheide unser **größtes Anliegen!** D. Hoffmann

Beitrag für die sublokale Themenseite

Langenwetzendorf, 12. Sept. 2013

Mein Name ist Siegfried Beer, 66 Jahre alt, parteilos, Mitglied des BIZ e.V. und Mitglied der Fraktion „Die Linke“ im Gemeinderat Langenwetzendorf.

Schon meine Mitgliedschaft in der „Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in Zeulenroda-Triebes und Umgebung – BIZ e.V.“ lässt mein Wirken im Gemeinderat erkennen; nämlich der Einflussnahme auf sozialverträgliche **Kommunal-**(Landes- und Bundes-) **Politik** gem. eines der Hauptziele des BIZ e.V.

Ich möchte nun die Gelegenheit nutzen, einige Ausführungen zu meinem Abstimmungsverhalten zur Gemeinderatssitzung am 09. September 2013 zu den Beschlussvorlagen „Beitragsatzsatzungen zur Straßenausbaubeitragssatzung für die Abrechnungseinheit Langenwetzendorf und die Jahre 2001, 2006, 2007, 2008, 2010 und 2011“ machen.

Zur Verständlichkeit muss ich hier vorwegschicken, dass ich bereits 2011 der Beschlussvorlage zur Straßenausbaubeitragssatzung, insbesondere wegen des rückwirkenden Inkrafttretens zum 01.01.1995 und der Kenntnis, dass u.a. zu dieser Sachlage bereits mehrere Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig waren, nicht zugestimmt habe.

Zur letzten Gemeinderatssitzung habe ich folglich den einzelnen Beitragsatz-Satzungen auch nicht zugestimmt, da ich mich in meiner Rechtsauffassung, dass trotz Fertigstellung von Straßenbaumaßnahmen eine darauf beruhende Beitragserhebung faktisch unverjährbar ist – also unendlich rückwirkend erfolgen kann – grundgesetzlich und verfassungsrechtlich für höchst bedenklich halte, durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im März 2013 bestätigt finde. Das BVerfG hat eine solche nur der Kommune zum Vorteil gereichende Regelung der unendlichen Rückwirkung als verfassungswidrig erklärt. Die Bundesverfassungsrichter halten es unter dem Gesichtspunkt des Gebotes von Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit für unzulässig, dass lange zurückliegende, in tatsächlicher Hinsicht abgeschlossene Vorgänge unbegrenzt zur Anknüpfung neuer Lasten herangezogen werden können. Der Beitragszahler muss in zumutbarer Zeit Klarheit darüber haben, ob und in welchem Umfang er für bestimmte Maßnahmen Beitrag zahlen muss.

Die Bundesverfassungsrichter meinen zum Beispiel, dass es nicht sein kann, dass eine Straße, die 2001 fertiggestellt ist, 2013 oder gar später bebeitragt wird. Der Beitragszahler hat sich nach ihrer Auffassung darauf verlassen können, da über viele Jahre nichts zu Beitragserhebungen zu erfahren war, dass keine Erhebung erfolgen würde (Vorhersehbarkeit einer Beitragsbelastung).

Bedauerlicherweise glaubt aber die Thüringer Landesregierung, dass dieses Urteil aus Karlsruhe für Thüringen nicht gelte; warten wir es ab.....

Überdies bin ich der Meinung, dass der „alte Zopf aus Kaisers Zeiten“ abgeschnitten gehört und die Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen auch in Gemeinden steuerfinanziert erfolgen sollten. Die Vorteilsnahme für ein Grundstück erfolgte bereits bei seiner Erschließung. Die gegenwärtige Lösung in Thüringen ist fragwürdig und falsch. Sie hat ausschließlich fiskalischen Charakter. Man bedenke nur die Kürzung von Landeszuweisungen und den Zwang auf die Kommunen zur „Geldeintreibung“. Es gäbe hierzu noch viel mehr zu sagen, aber ich will es zunächst dabei belassen. Eine weitere Frage sind die laufenden Instandsetzungen von Straßen und Wegen. Dabei gibt es in der Ortslage Langenwetzendorf Nachholebedarf. So die seit 1 bis 2 Jahre erfolgten und immer größer werdenden Ausbrechungen der Borde in der Hauptstraße/Ecke Greizer Str., Absenkungen im Gehwegbereich durch Ausweichbefahrung durch Lkw und nicht zuletzt Aufwerfungen des Pflasters im Fußweg zwischen Kindergarten

und Sportplatz. Und hier sollte schnellst möglichst etwas geschehen.

Noch ein Wort zur Freiwilligen Feuerwehr:

In den einzelnen Wehren des Ortes sind oftmals noch aus DDR-Zeiten stammende sog. TS8-Spritzen im Einsatz. Hier hat nun der „Zahn der Zeit“ seinen Beitrag geleistet und die Ersatzteilbeschaffung wird zunehmend nicht gerade leichter und günstiger. Es sind also hierfür Ersatzinvestitionen notwendig, um auch zukünftig die Einsatzbereitschaft zu sichern. Ich bin mir aber sicher, dass in absehbarer Zeit eine Lösung gefunden werden kann. Ein besonderes Bedürfnis ist es mir aber dennoch, allen Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren, und insbesondere den Langenwetzendorfern, meine Hochachtung und Respekt zu zollen. In Gesprächen mit Feuerwehrfrauen und -männern, die ihren Dienst ehrenamtlich versehen, spürt man förmlich ihre Hingabe, große persönliche Einsatzbereitschaft und auch ihre Freude an ihrer oftmals nicht leichten und einfachen Arbeit. Feuerwehrleute sind eben besondere Leute, nur leider wird deren Tätigkeit manchmal auch unterschätzt. Siegfried Beer, Hauptstr. 118, 07957 Langenwetzendorf

Der Kommentar dazu: Es ist schon erschreckend, dass eine Schwarz- Rote Landesregierung die Allgemeingültigkeit eines Bundesverfassungsurteils in solch arroganter Form negiert. In einem „demokratischen Rechtsstaat“ muss das Urteil des höchsten Verfassungsorgans doch auch in Thüringen Bestand haben. Wenn nicht, dann haben wir auch bald „Ungarische Verhältnisse“ in unserem Land und handeln nach dem Motto „Was gehen uns das Geschwätz aus Karlsruhe und die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates an“. D. Hoffmann

Die Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in Zeulenroda und Umgebung zur Überversorgung von politischen Beamten.

Die derzeitigen Diskussionen um Sparhaushalte einerseits und der (Staats-) Beamtenvergünstigungen andererseits haben mit den vielgerühmten Prinzipien von Wettbewerb und angeblicher Leistungsträgerschaft wenig zu tun: Die Legislative beschließt, was sie und die - teilweise personenidentische - Exekutive als "Ausgleich" bei beruflichen Veränderungen erhält. Die BIZ e. V. unterstützt den Vorschlag des Thüringer Steuerzahlerbundes, hier leistungsgerechtere Änderungen an bisherigen unanständigen gesetzlichen Regelungen auf Landes- und Bundesebene herbeizuführen.

Siegmond Borek

Die Antwort des Bundes der Steuerzahler wegen einer Diskussionsrunde zum Thema:

Wir haben es in Teilbereichen der Politik mit einer Überversorgung zu tun, die aus Sicht des Bundes der Steuerzahler Thüringen so nicht hingenommen werden kann. Die im Ansatz richtigen Funktionen von Übergangsgeld für Politische Beamte und/oder Minister, Abgeordnete führen durch zu laxen Anrechnungsregeln ggf. sogar in den Auslegungen der Gesetze zu überdimensionierten Einkommen, obwohl die Fürsorgepflicht des Staates nicht gegeben ist. Die Beispiele haben wir in den letzten Wochen in Thüringen erneut zur Genüge gehabt. Ihre Anfrage zu einem Diskussionsabend muss ich leider absagen. Wir sind hier nur mit 2,1 Vollbeschäftigteneinheiten für unsere über 6.000 Mitglieder tätig und daher immer sehr sehr gut ausgelastet. Zusätzliche Veranstaltungen kann ich beim besten Willen jedoch nicht annehmen. Ich fühle mich jedoch durch Ihre Anfrage geehrt.

gez.: Wolfgang Mahrle Landesgeschäftsführer



Die Fraktionsgemeinschaft der IWA/GRÜNE/BIZ im Kreistag Greiz

Die o.g. Fraktionsgemeinschaft nach der Kreistagsitzung am 24. September 2013 in Greiz (schon wieder weg: **Wilhelm Wüstner**). Vielleicht gibt es ein Wiedersehen zum Karpfenessen am 6. Dezember 2013 ab 18 Uhr im „Grünen Baum“ in Zeulenroda? Jedenfalls ist Interesse gezeigt worden und **Doris Smieskol** von links kennt bereits die Lokalität von einer BIZ Veranstaltung.

Text und Foto: Siegmund Borek

Foto :Rechts Jens Geißler, neben ihm Ricarda Gebauer und Jan Popp.

Achtung! Zur nochmaligen Erinnerung an die Anmeldung zum „Karpfenessen 2013“:
Die BIZ veranstaltet einmal jährlich, so auch 2013, ihr traditionelles „Karpfen-Brauchtumsessen“ am: Freitag, dem 06. Dezember 2013, ab 18.00 Uhr in der Gaststätte „Grüner Baum“ in Zeulenroda-Triebes, Märien Nr. 5!

Dazu lädt der Vorstand der „Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in Zeulenroda- Triebes und Umgebung“, BIZ e.V. und deren Fraktion im Stadtrat Zeulenroda- Triebes, Sie als Mitglied oder Sympathisant mit Ihren Ehepartnern recht herzlich ein. Über Ihre zugesagte Teilnahme würden wir uns sehr freuen! **Um Ihre persönliche telefonische Voranmeldung mit Essenswunsch im „GrünenBaum“: Telefon: 036628 83257** wird bis spätestens **22.11.2013** gebeten!



Der BIZ - Vorstand Zeulenroda,
 gez.: B. Rentzsch,

amt. Vorsitzende und Fraktionschefin im Stadtrat Zeulenroda-Triebes

Die BIZ gibt in großer Trauer bekannt!



Kurz vor Redaktionsschluss erreichte den Vorstand der BIZ die Mitteilung, dass unser langjähriges **Vorstandsmitglied, Herr Dr. Lothar Wittig**, leider viel zu früh nach langer, schwerer Erkrankung verstorben ist. Wir verlieren mit ihm einen wertvollen Streiter für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Er war dabei stets bereit, uns vor allem mit seinem Wissen und seinen Kenntnissen zu beraten und zu unterstützen. Wir verlieren einen scharfsinnigen Visionär und Vordenker aus den Reihen unserer Bürgerinitiative. Aber auch bei Rechtsfragen von hilfeschuchenden Bürgern aus Zeulenroda-Triebes und Umgebung half er ihnen stets uneigennützig und ohne finanzielle Forderungen weiter.

Wir werden unser Wirken in seinem Sinn und nach seinem Vorbild mit den Bürgern und für die Bürger einzutreten, auch künftig fortsetzen. In unserer nächsten Vorstandsberatung werden wir mit einer Schweigeminute seiner gedenken. Seiner Familie sprechen wir unser tiefes Mitgefühl aus.

Der Vorstand der BIZ - Zeulenroda, gez.: B. Rentzsch, amt. Vorsitzende und Fraktionschefin im Stadtrat Zeulenroda-Triebes, Siegmund Borek, Vorsitzender

Die BIZ beratend:

Die nächste öffentliche Vorstandberatung findet **am Donnerstag, dem 17.10.2013 um 19.00 Uhr im „Goldenen Löwen“ in Pahren** statt. Die Einladung wird dafür mit der Tagesordnung noch gesondert erfolgen. Wir laden zu dieser Veranstaltung neben dem Vorstand besonders unsere Mitglieder und Sympathisanten recht herzlich ein. gez. amt. Vors. Bärbel Rentzsch

Impressum: Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:**
 Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; rd.hoffi@t-online.de ; Siegmund Borek, 07937 Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; s-borek-z@t-online.de *Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat
 V.i.d.S.u.P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str.3, 07937 Zeulenroda-Triebes